

Horst Groschopp

Kulturprogramm der PDS

Einige Anmerkungen zum überarbeiteten Entwurf des PDS-Parteiprogramms vom Februar 2003

Es ist zu hoffen, dass in der Endfassung zu lesen steht, die PDS verfiicht überhaupt kein Kunstkonzept (im Gegensatz zur vorliegenden Fassung). Sie kann ihre Mitglieder nur auffordern, hier offen zu sein, da sie Menschen mit anderer – unmoderner (was immer das dann ist) – Kunstauffassung nicht auszuschließen vermag (und ich vermute diese nach dem Altersdurchschnitt ihrer DDR-sozialisierten Mitglieder in einer gewissen Mehrheit).

Obwohl diese Einleitungssätze zu Kultur als einem Teilbereich hinführen mögen. Es geht im Folgenden um das Ganze, ums Eingemachte oder – genauer gesagt – das geöffnete Eingemachte, ums Gesamtprogramm und seine „kulturelle Ausstrahlung“.

1. Wenn man nach langer Zeit, anderer Beschäftigung und in anderen Erfahrungszusammenhängen den Text liest, drängt sich mir der Eindruck auf, als gäbe es einen „geheimen Adressaten“; das ist nicht „das Volk“, sondern sind die anderen (alten) Auffassungen in der Partei selbst; gegen diese wird teils sogar ganz direkt polemisiert. Da wird ganz schön – und berechtigt und richtig – ausgeteilt. Andere – die diese Kritik-Argumente teilen – können ablesen, aha, jetzt haben sie das endlich mit dem Sozialismus als Bewegung begriffen.

Prima, aber was bedeutet das heute? Sind das noch aktuelle Debatten? Wo es von „Bewegungen“ nur so wimmelt, kommt eine Partei daher und sagt, wir sind eine Bewegung ... – sind die andren auch, haben sogar eine „Bewegungsstiftung“ u. dgl. Was das Alleinstellungsmerkmal, das Politische, an dieser PDS-Bewegung ist, wird mir nach der insgesamt (für ein Parteiprogramm) etwas zu kopflastigen Gesamtlektüre nicht so klar.

2. Das hängt auch damit zusammen, dass sehr häufig mitgeteilt wird, wogegen die PDS ist (wir wollen nicht, dass ...). Es mögen die Verfasser gerade dies nicht gewollt haben, aber schon die Präambel definiert die PDS eindeutig als „Verteidigungspartei“: „am Widerstand gegen diese Politik teilnehmen“, „müssen verteidigt werden“, „eine Bewegung gegen die Ausbeutung“ usw. Das kann ja eine Rolle sein, aber was haben die Menschen davon, die irgendwo hinwollen? Es entsteht ein „konservativer“ Eindruck einer „Bewahrungspartei“.

Eine Mehrheit im „Volk“ ist aber in ihrer Not inzwischen bereit, das neoliberale Zeug zu glauben und zu wählen und „Opfer“ zu bringen, gerade in Ostdeutschland. Diese änderungsbereite (sich und die Umstände) „Mehrheit der Willigen“ ist das kreative Potenzial, wie die Arbeiter um 1900, die in die SPD gingen, weil sie besser („glücklicher“) leben wollten. Dieses Wollen findet sich im Programmentwurf wieder vorwiegend negativ: „niemandem ein glückbringendes System verordnen“ ...

Politisch konservativ wird dies, wenn gegen die „fortschreitende Privatisierung von öffentlichem Eigentum“ polemisiert wird. Das suggeriert, NGOs (hier: Nicht-Regierungs-Organisationen) und Non-profit-organizations seien (obwohl juristisch privat) irgendwie nicht „öffentlich“ (an anderer Stelle – ÖBS – wird hier Potenzial gesehen, das wäre konsequenter und ohne Angst vor „Schultze-Delitzsch“ weiter zu denken).

Das (unbedingt positiv und gegen den Neoliberalismus zu interpretierende) Subsidiaritätsprinzip hat nämlich nicht nur die Seite der Entlastung des Staates, sondern auch die Seite der Pflicht zur Hilfe (zur Selbsthilfe, wenn das geht). Und privat bedeutet nicht zwangsläufig profitorientiert; und wenn Menschen andere Menschen privat pflegen, sind sie darin zu unterstützen; das ist als Arbeit anzuerkennen; ich habe auch eine private Pflicht zur Selbstverantwortung für mein Leben, für bestimmte mögliche Folgen meines Tuns, da kann ich nicht alles der Allgemeinheit aufdrücken. Darüber ist öffentlich zu verhandeln und wenn sich die PDS hier weiter einmauert, wird sie – wie Gorbatschow (nach A. v. Plato) 1989 wohl wirklich gesagt hat – erkennen müssen: Wer zu spät zum Essen kommt, muss mit dem Vorlieb nehmen, was übrig geblieben ist.

3. „Sozialismus ist für uns ein Wertesystem“ – schon wieder diese „Tyrannei der Werte“ und das noch als System. Nun gut, das lässt sich mildern, aber wie steht es mit den Werten, die ja immer Urteile über etwas sind; und das Kulturelle (wie das Religiös-Weltanschauliche; dazu später) bündelt die logischen, ethischen, ästhetischen usw. Aussagen über Personen, Sachverhalte und Handlungen. Die „Hauptwerte“ der PDS sind Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die wiederum den Inhalt (!?) von Gerechtigkeit bilden. Es ist sogar von „sozialistischen Werten“ die Rede, auf die man sich 1993 geeinigt habe. Das mag sein, aber was bitte sind die kulturellen Quellen, diesen Inhalt zu füllen?

Die SPD nennt in ihrem Programm die christliche Ethik, den Humanismus und die klassische Philosophie. Worauf sich die PDS kulturell positiv bezieht ist nicht erkennbar. Marxismus ist es nicht, das Wort kommt nicht vor aus verständlichen Gründen, aber dafür ziemlich am Ende das „Erbe von Marx und Engels“ (im Rahmen der Selbstveränderung der PDS). Christentum kommt nicht vor (auch nicht der Islam). Philosophie kommt ebenfalls nicht vor (freundlicherweise auch nicht die Theologie). Auch nicht Humanismus (lediglich die Humanisierung der Arbeitswelt).

Diese Fehlstellen haben einige Bedeutung bei der Beantwortung der Frage nach den handelnden Subjekten und ihrem Wollen. Die Subjekte tauchen im Programm in aller Regel organisiert auf (Verbände) und zwar kapitalismuskritisch (dazu unten). Da hierauf der Schwerpunkt liegt, gibt das Programm ein Programm vor, das Menschen sammeln möchte und zwar in diesen Verbänden und Organisationen. Da aber immer von „Menschen“ die Rede ist und das Programm sich geradezu als das einer „Menschheitspartei“ präsentiert (am Anfang stehen die [sic!] „Menschenrechtserklärungen“; welche?), ist dann schon auffällig, dass „Humanismus“ – als wesentliche Ursache und eine Lesart derselben – nicht vorkommt.

Dafür kommt an merkwürdigen Stellen der Begriff „selbstbestimmtes Leben“ vor (als Hoffnungswort mit dem Gestus gemilderter Utopie), „Selbstbestimmung“ (bei Umwelt,

ÖBS, Datenschutz) und „Selbstbestimmtheit und Familienfreundlichkeit der erforderlichen Flexibilisierungsprozesse“ (was immer das praktisch bedeutet).

Ein Wert ist „Selbstbestimmung“ also nicht ausdrücklich und dies hat nicht nur die angedeuteten Konsequenzen, die nur einmal („selbstbestimmte Schwangerschaft“ – schließt dies PID ein?) angedeutet werden. Aber das Wort „Patientenwille“ (Selbstbestimmung des Kranken), ohne den das Gesundheitswesen wohl nicht reformierbar ist, kommt ebenso wenig vor wie derjenige der (humanen) Sterbehilfe (Selbstbestimmung im Sterbefall).

Da nun aber auch „Individualität“ lediglich bei der „radikalen Ökologisierung“ vorkommt (muss die immer gleich radikal sein?), „Individualisierung“ nur bei der Demokratie „von unten“ (was ist eine „von oben“?) und „Toleranz“ lediglich einmal (als Erziehungsziel in der Schule) und zweimal im Parteiteil (man will mit anderen Politikern tolerant umgehen; na toll), handelt es sich dann aber doch um etwas Grundsätzliches.

Dabei geht es nicht um Begriffsexegese, sondern um die Erhärtung meiner kritischen Position, dass das Programm nicht kulturell gedacht ist, nicht hinsichtlich seiner Gesamtaussage, seinem „Leit-Bild“, dass es um den Einzelnen (außerhalb der PDS) nicht wirklich ringt und existente Bewegungen nicht ernst nimmt. Ich habe den Eindruck (siehe viele Argumente auf dem Zimmer-Sieg-Parteitag), die PDS verhält sich zu einigen dieser Bewegungen, ist aber in den meisten relevanten („Attac“ kommt nicht vor) gar nicht drin. Es ist dies – zugespitzt – das (unbewusste) Erbe der FDJ in der jetzigen Führungsgruppe der Partei: Die FDJ betrieb nicht einen einzigen Jugendklub, legte aber Wert darauf, dass es sich um Jugendklubs der FDJ handelt.

4. Zwischenbemerkung zur Frage nach dem Kapitalismus als Kultur. „Kapitalismus“ kommt im Programm sehr häufig vor (meist als „neoliberaler“), im Gegensatz zum alten Marx, der dieses Wort nur an ganz wenigen Stellen und sehr unbestimmt verwendete. Er bevorzugte „kapitalistische Produktionsweise“, weil damit das Verhältnis von Kapital und Arbeit, die Mehrwert erzeugt, ausgedrückt wird und Arbeit eingeschlossen ist in diese Produktionsweise.

„Kapitalismus“ zielt auf viel mehr als die Produktionsweise, meint, Gesellschaft damit hinlänglich charakterisieren zu können. Das ist problematisch. Zwar dringt das Kapitalverhältnis – durch das Handeln von Menschen, Gesellschaft ist kein Subjekt – tatsächlich in die Makro- und Nanostrukturen vor und befördert dort „Kapitalisierung“. Was das für Gesellschaft bedeutet (Recht, Kultur, Verwaltung ...) ist damit noch nicht unbedingt ausgemacht. Marx hat bekanntlich die Globalisierung positiv gesehen, die PDS tut dies nicht. Was wird damit auf dieser Welt verteidigt?

Der Programmentwurf braucht auch das Wort „Mehrwert“ nicht (wird er nicht mehr produziert? Gibt es keine Produzenten von ihm mehr? Dann müsste das Programm noch ganz anders sich profilieren! „Arbeiterklasse“ gibt's sowieso nicht mehr; „Arbeiter“ nur bei der Mitbestimmung, dafür zweimal „Informationsarbeiter/innen“; keine Klassen gibt es auch nicht mehr, nur eine neue Klassenstruktur [Nord/Süd], eine „Zweiklassenmedizin“ und zu hohe Klassenfrequenzen [aber das meint ja was andres] ...); also benutzt der Programmentwurf das Wort „Kapitalismus“ eher wertend – kulturell –, aber ohne konkrete – von ihm bestimmte Subjekte –, die in ihm handeln; und an einer Stelle (tapfer, tapfer) ist „Kapitalismus“ sogar (Berufung auf Marx zur

Absicherung!) ambivalent, hat also auch „gute“ Seiten, an denen die PDS anknüpfen und sie ausbauen will. Doch genau dies tut sie nicht – auch nicht im Kulturteil.

5. Abschließend zu einer Ärgerlichkeit, die aber die Distanz zu aktuellen Diskursen und die Pauschalität des Bündnisbekenntnisses an einem Beispiel illustriert. Spätestens seit Habermas' falscher These von der „postsäkularen Gesellschaft“ und neuerdings durch sehr scharfe Debatten darüber, ob „Gott“ in die Europäische Verfassung soll (die den politischen Teil der „Leitkultur“-Debatte bildet), ist die Frage konzeptionell in der Welt, ob „Säkularität“ ein Wert ist.

Die PDS hat (im vorliegenden Programmentwurf) das verständliche und richtige Bedürfnis, in ihrer Haltung zu dieser Frage an keiner Stelle nach SED-Kirchenfeindschaft zu riechen. Ihre Angst ist hier sogar so groß, dass sie sich (auch im Programm) äußert, wo sie meint, dass es richtig ist (und dann einen Teil der eigenen Klientel verschreckt, ohne die Kirchenführungen gewinnen zu können); und dort schweigt, wo ein politisch klares Wort nötig ist.

Ich will das hier nicht umfänglich ausführen, das ist anderswo nachlesbar; zum Programmentwurf: „Kirche“ kommt ausgesprochen oft vor, ohne zu sagen, was das meint: die Bekenntnisgemeinschaft („ecclesia“); die juristische Person mit der deutschen Besonderheit einer „Körperschaft des öffentlichen Rechtes“; der besondere Steuerverband, der nach bestimmten Kriterien und staatlicher Erlaubnis seine Mitgliedsbeiträge mit Hilfe des staatlichen Inkassos über die Finanzämter als Kirchensteuer erheben lässt; der Eigentümer, Besitzer oder Nießbraucher von Wirtschaftsunternehmen und gewerblichen Aktivitäten; das Konglomerat von etwa 80.000 Rechtsträgern, deren Bezug auf „Kirche“ vielfältig ist.

Kirche/kirchlich kommt ausschließlich positiv vor (man könnte ja wenigstens von kritischer Partnerschaft sprechen). „Kirche“ alleingestellt im Programm ignoriert die 3,2 Mio. Moslems in Deutschland, die unorganisierten Christen und die Christen in der Kirche von unten – und selbstredend die organisierten Konfessionsfreien. Wenn von „Kirchen, Religionsgemeinschaften und sozialen kirchlichen Einrichtungen“ gesprochen wird, muss es mindestens (nach einem Komma) „andere Religionsgemeinschaften“ heißen und dann auch „Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“.

Und bei den sozialen Einrichtungen (die übrigens Betriebe sind [siehe andere Stelle im Programm]), muss doch für die Gewerkschaften gesprochen werden, dass es in Kirchenbetrieben Tarife, Mitbestimmung und Betriebsräte geben soll; mindestens das). „Kirche“ kommt bei der PDS so vor, wie sie in Deutschland vorkommen möchte: monopolistisch und privilegiert, denn die betont Säkularen oder gar die „Weltanschaulichen“ kommen im Programm gar nicht vor.

Ähnlich verhält es sich mit dem Wort Religion/religiös: Es kommt die „religiöse Verschiedenheit“ vor, die weltanschauliche scheint irrelevant; die Mitglieder der Partei als einer pluralistischen sind an „keine bestimmte WA, Ideologie oder Religion gebunden“ – sind sie aber wenigstens den Ideen der Aufklärung verpflichtet?

Ein schöner diesbezüglicher Lapsus ist die Formulierung „Kultusbürokratie“ im Hochschulteil.

Die Autoren meinen sicher die Wissenschaftsverwaltung und nicht die Kultusbürokratie. Das meint in der Realität die Verwaltung der „rund 1,35 Millionen Menschen in Deutschland, die hauptamtlich in konfessionellen Einrichtungen beschäftigt werden. Davon bezahlt die verfasste Kirche selber nur rund 220.000 Mitarbeiter (oder 16,2 %), 223.000 Mitarbeiter (16,5 %) werden über Steuergelder bezahlt, 802.000 (oder 59 %) aus öffentlichen Kassen und schließlich 109.000 (oder 8 %) aufgrund eigener wirtschaftlicher Tätigkeit. Insgesamt werden also nur knapp ein Viertel der Mitarbeiter der Kirche von ihr selber auch bezahlt“ (Frerk). Es geht dabei um jährliche öffentliche Zuwendungen von etwa 20 Mrd. €, 60-70 Prozent der innerkirchlichen Kosten (die Kultusbürokratie und die organisierte religiöse Arbeit) wird von der öffentlichen Hand alimentiert, also auch von Atheisten. (Auch die DDR hat zu soundsoviel Prozent die Kosten für die Pfarrer getragen.)

Wenn die PDS sich schon nicht der durch das GG (Art. 138 WRV inc. ü. Art. 140 GG) gebotenen Ablösung der Staatsleistungen nach 200 Jahren Reichsdeputationshauptschluss widmen möchte, so kann sie sich doch nicht gänzlich der Frage nach der Trennung von Kirche und Staat entziehen, schon deshalb nicht, weil drei Viertel der Ostdeutschen nicht religiös ist (und als „dritte Konfession“ eine besondere Säkularität Ost lebt) und diese Ostdeutschen rund die Hälfte der 21,4 Millionen Konfessionsfreien (bzw. Konfessionslosen) in Deutschland ausmacht.

Die praktische Politik stößt die PDS immer wieder auf dieses Problem in seinen Konkretionen und zwar direkt: Konkordate, Staatsverträge, Religionsunterricht, Lebenskunde, Konfessionsschulen, Kirchliche Privatschulen, Kirchgeld, Kirchensteuereinzug (Kultursteuer?), staatliche Theologenausbildung, Pluralität der sozialkulturellen Trägerlandschaft, Ausstellungen, Medien- und Ethikräte, „Sekten“, Gedenkfeiern ... (also die „klassische“ Kulturpolitik), als auch indirekt in nahezu allen existenziellen Sinnfragen.

Die PDS könnte sich mit folgender Formulierung aus der Affäre ziehen: „Vollendung der Trennung von Kirche und Staat durch Gleichbehandlung aller Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften“. – Aber dann bleibt immer noch die Frage des Engagements der Parteimitglieder. Hier kann man ja empfehlen, sich „in den Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften demokratisch zu engagieren“ – und wie es „Christen in der PDS“ gibt, könnte es ja auch „Atheisten in der PDS“ geben.

... und zum Schluss noch mal die Frage nach der „Kunstauffassung“: wenn es ein kulturell von den Menschen selbst gesetztes Zeichen von ostdeutschem Selbstbewusstsein in den letzten zehn Jahren gibt, dann die jährlich 100.000 jungen Leute, die Jugendweihen und Jugendfeiern begehen, die man, wenn man sie schon nicht als Kunst fördert (was es aber ist und was dort aufgeführt wird), dann wenigstens die Vorbereitungs- und Nachbereitungsprogramme als sozialkulturelle Jugendarbeit. Da gäbe es konkrete „Menschengruppen“ als Objekte und Subjekte.

07.04.2003